

## **PRESSEMELDUNG**

11. Mai 2017

Mai-Schätzung: MIT Baden-Baden/Rastatt fordert Steuersenkung

## "Spielraum für Entlastung ist da. Auch in Baden-Baden und Rastatt"

Die aktuelle Steuerschätzung offenbart aus Sicht der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Baden-Baden/Rastatt (MIT) die Notwendigkeit von Steuersenkungen. "Der Fiskus jagt von Steuerrekord zu Steuerrekord. Es ist deshalb dringend an der Zeit, dass der Staat den Bürgern etwas von ihrem hart erarbeiteten Lohn zurückgibt", sagt Dr. Anemone Bippes, Vorsitzende der MIT Baden-Baden/Rastatt. Die Steuerschätzung ist Grundlage der Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Kommunen – also auch von Baden-Baden und dem Landkreis Rastatt. Dr. Bippes: "Die Belastung für die Mittelschicht war noch nie so groß wie heute. Es darf nicht sein, dass Bund, Länder und Kommunen auf unserem Rücken Rekordsteuereinnahmen einfahren."

Dr. Anemone Bippes weist darauf hin, dass sich die Steuereinnahmen auch in Baden-Baden auf einem Rekordniveau befinden. Vor wenigen Tagen teilte die Stadtverwaltung mit, dass in der Kurstadt dank hoher Steuereinnahmen ein Plus von mehr als zehn Millionen Euro erwirtschaftet wurde. "Das ist das Geld der Steuerzahler. Spielraum für Entlastung ist da", so Dr. Anemone Bippes. Mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 390 Punkten liegen die Städte Baden-Baden und Rastatt auf einem Spitzenplatz in der Region (durchschnittlicher Gewerbesteuerhebesatz im Regierungsbezirk Karlsruhe: 347,7 v.H.).

Auf Antrag der MIT hat sich die CDU auf ihrem vergangenen Parteitag für eine klare Aufteilung der Steuermehreinnahmen ausgesprochen: Ein Drittel muss zurück an die Steuerzahler fließen und je ein Drittel soll für Investitionen und Schuldenabbau eingesetzt werden. Dr. Bippes: "Die aktuelle Schätzung zeigt, dass der Spielraum für eine spürbare Entlastung da ist. Wenn wir es nicht jetzt in Zeiten überbordender Steuereinnahmen schaffen, die Bürger zu entlasten – wann dann?"

Die MIT hat gemeinsam mit Finanzwissenschaftlern ein Steuerkonzept erarbeitet, das in drei Stufen Entlastungen bringt. Zunächst soll der Werbungskostenpauschbetrag verdoppelt werden. Dadurch würden zwei Drittel der steuerzahlenden Arbeitnehmer von Einzelnachweisen entlastet. In einer zweiten Stufe soll der Steuertarif für untere und mittlere Einkommen abgeflacht werden und der Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen greifen. In der dritten Stufe soll der steuerliche Grundfreibetrag für Kinder auf dieselbe Höhe angehoben werden wie der von Erwachsenen. Dementsprechend muss auch das Kindergeld deutlich erhöht werden. Das Entlastungsvolumen des MIT-Konzepts beläuft sich insgesamt auf gut 30 Milliarden Euro.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU (MIT) ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.